Beschlussvorlage
Ref.I/II/050/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	20.11.2025	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Haushaltskonsolidierung 2026

Anlagen:
1_Sachverhalt
2_Anlage_Haushaltskonsolidierung 2026

Sachverhalt (kurz):

Die Regierung von Mittelfranken hat den Haushalt 2025 nur unter Auflagen genehmigt und für die Folgejahre eine spürbare Verbesserung der finanziellen Kennzahlen eingefordert. Das vorliegende Konsolidierungspaket stellt einen ersten wesentlichen Schritt dar, um die geforderte Verbesserung von mindestens 70 Mio. Euro im Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit zu erreichen. Es umfasst kurzfristig umsetzbare Maßnahmen in einem Volumen von rund 30 Mio. Euro, die von den jeweiligen Geschäftsbereichen vorgeschlagen wurden.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Finanzwirksame, dauerhafte, konsumtive Einsparung von rund 30.000.000,- Euro im Haushaltsjahr 2026.

(→ *weiter bei 2.*)

☐ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☒ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

- ☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
- ☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
- ☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein | Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

☐ Ja | Keine Diversity-relevanten Fakten bekannt

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung setzt die in Anlage 1 aufgeführten Einsparmaßnahmen um und bereitet - sofern (rechtlich) notwendig - konkretisierende Beschlussfassungen vor.
2. Sollte sich im Verlauf der Umsetzung zeigen, dass die vorgesehenen Einsparziele ganz oder teilweise nicht erreicht werden können, sind die zuständigen Geschäftsbereiche verpflichtet, die fehlenden Einsparbeträge durch anderweitige Maßnahmen innerhalb ihres Verantwortungsbereichs in gleicher Höhe zu kompensieren.
3. Der Zuschuss der Stadt Nürnberg an ihre Mitarbeitenden für das Deutschlandticket Job wird ab 2026 unverändert bis auf weiteres mit 26,10 Euro pro Kopf und Monat fortgeführt. Analog gilt dies auch für die weiteren bezuschussten Tickets.